

HINTERGRUND

„Ausländerpolitik ist eine Lebenslüge“

Historiker: Deutschland ein Einwanderungsland

Von unserer Redakteurin
Karin Nink

Köln — Mühsam haben Koalition und SPD sich zu einem Asylkompromiß durchgerungen, mit dem sie die Zuwanderung in die Bundesrepublik steuern wollen. Doch unter renommierten Wissenschaftlern gilt die Gesetzesvorlage als Flickwerk. „Basteln an Gesetzen“ verändere nicht die Einwanderungssituation, sagte der Historiker und Migrationsforscher Klaus J. Bade während einer Anhörung zum Thema „Einwanderungsland BRD“ des Vereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ in Köln.

„Wer solche Illusionen nährt, schafft Massenfrustration“, warnt er und befürchtet einen Zuwachs für rechtsradikale Parteien bei den Wahlen im nächsten Jahr, „wenn es nicht gelingt, das Volk davon zu überzeugen, daß die Politiker langfristige Lösungen suchen“. Darunter versteht Bade ein längst überfälliges Einwanderungsgesetz, daß der Situation in Deutschland mit 6,5 Millionen Ausländern (3,5 Millionen leben seit mehr als 20 Jahren hier) Rechnung trägt.

Große Versäumnisse

Bade warf den Politikern große Versäumnisse vor. Statt die gesellschaftliche Entwicklung aktiv zu gestalten, hätten sie über Jahre hinweg die Augen davor verschlossen, daß viele Menschen nach Deutschland gekommen sind und auch in Zukunft kommen werden — eine „Lebenslüge“, mit der eines der „brisantesten gesellschaftspolitischen Themen“ verleugnet werde. Er wünscht, daß die Diskussion mit „mehr historischem Verständnis geführt wird“. Schließlich seien immer Menschen nach Deutschland gekommen, und

Deutsche seien aus den verschiedensten Gründen ausgewandert.

Nach Meinung von Bade ist die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland. Er erinnerte an die Eingliederung der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg, an die „Gastarbeiter“, die längst in der zweiten oder dritten Generation hier leben oder an Asylsuchende und Aussiedler. Diese Wirklichkeit werde jedoch bis heute in den Gesetzen nicht genügend berücksichtigt. Vielmehr sei parteiübergreifend in den vergangenen Jahrzehnten die „Ausgrenzung von bestimmten Gruppen herbeigerechnet worden“. Ernst genommen werden müßten aber auch die Ängste der Einheimischen, durch Zuwanderer Wohnung und Arbeit zu verlieren.

Zu den langfristigen Planungen zählt Bade auch ein „individuelles Asyl-Angebot“ im Sinne des Grundgesetzartikels 16. Auf europäischer Ebene sollte eine Konvention geschaffen werden, nach der zum Beispiel Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz finden könnten, ohne gleich Asyl beantragen zu müssen. Bade will den „Gastarbeitern“ Mitsprache per Wahlrecht und eine leichtere Einbürgerung zugestehen. Ein Einwanderungsgesetz könne helfen, die Zuwanderung planvoll zu gestalten.

Ähnlich wie Bade spricht sich auch der Politologe Dieter Oberndörfer für ein Einwanderungsgesetz aus. Stärker als Bade fordert er, daß die Quoten für Einwanderer in einem solchen Gesetz an den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bundesrepublik orientiert sein müßten. Nach Prognosen des Instituts der deutschen Wirtschaft braucht Deutschland bis weit über das Jahr 2000 hinaus jährlich rund 300 000 Zuwanderer als Arbeitskräfte und Rentenzahler.